LTWP-1

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesdeligiertenversammlung (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel - 1 - Rheinland-Pfalz für alle nachhaltig gestalten**

Antragstext

Rheinland-Pfalz für alle nachhaltig gestalten

Ob an den Flussufern des Rheins, entlang der Deutschen Weinstraße, auf den Weinbergen über der Mosel, in den Feldern Rheinhessens, den Wäldern der Eifel, des Taunus, dem Hunsrück und dem Pfälzerwald oder auf den Höhen des Westerwalds: Rheinland-Pfalz ist reich an Natur. Angesichts der fortschreitenden Klima- und Artenkrise, die sich bei uns im Land mit immer häufigeren Hitze- und Dürreperioden, Starkregen und Überschwemmungen bemerkbar macht, liegt es an uns, diesen Schatz zu bewahren und der Natur wieder mehr Raum zu geben. Mit dem Schutz des Klimas und Artenschutz sind dabei die Grundlage für alles und müssen immer zusammen betrachtet werden.Beide unserer Biodiversität sichern wir sichern unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen saubere Energie aus Sonne, Wind und Wasser nutzen, unsere Städte und Dörfer klimaresilient gestalten und den Hochwasserschutz weiter ausbauen. Unsere Wälder sollen klimafest werden, Landwirtschaft und Weinbau naturnah und zukunftsfähig. Wir setzen auf regionale, gesunde Ernährung, eine tiergerechte Landwirtschaft und den Schutz der Vielfalt an Lebensräumen, Arten und genetischen Varianten. Denn nur, wenn wir innerhalb der planetaren Grenzen wirtschaften und leben, können wir Rheinland-Pfalz auch für kommende Generationen lebenswert erhalten. Gerade auch für Menschen mit wenig Geld machen wir mit günstigen Mobilitätsangeboten den Alltag etwas leichter und schützen

gleichzeitig das Klima. Nachhaltigkeit heißt für uns darum, dass alle heute gut leben können, ohne den Menschen von morgen etwas wegzunehmen. Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das im Einklang mit der Natur wächst – nicht auf ihre Kosten.

Klimaschutz und Energie

Rheinland-Pfalz klimaneutral bis 2040 – verbindlich und gerecht

Der menschengemachte Klimawandel ist Realität und wir erleben bereits jetzt die massiven Auswirkungen. Mit dem neuen Landesklimaschutzgesetz ist Klimaneutralität bis 2040 in Rheinland-Pfalz fest verankert - ein Erfolg Grüner Politik. Verbindliche Reduktionspfade, klare Verantwortlichkeiten, 100 % Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 und ein CO_2-Schattenpreis für Landesbauten zeigen: Wir machen Klimaschutz verbindlich, gerecht und zukunftsfähig. So schaffen wir Unabhängigkeit von fossilen Energien und sichern nachhaltigen Wohlstand in unserem Land.

Wir setzen uns dafür ein, den Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung von Rheinland-Pfalz festzuschreiben und so die Verantwortung für die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen verbindlich zu verankern.

In Klimaschutz investieren

Mit unserem Konzept eines RLP-Zukunftsfonds wollen wir die Chance von neuen finanziellen Spielräumen nutzen und mit kreditfinanzierten Mitteln gezielt in die Transformation und die Klimaanpassung investieren. In Wärmenetze, Wasserstoffinfrastruktur für die Industrie, Speicher, Netzausbau, einen klimaneutralen Gebäudebestand im Land und den Kommunen. Förderprogramme, Zuschüsse, Gesetze und Verordnungen richten wir zukünftig am Ziel der Klimaneutralität aus. Um alle Menschen mitzunehmen, achten wir gezielt auf soziale Kriterien und wollen zusätzlich auch privates Kapital für die Transformation mobilisieren. Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) wollen wir hierfür nach dem Vorbild der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu einer effektiven „Klimabank“ weiterentwickeln, die zukünftig noch attraktivere Anreize und Unterstützungsmaßnahmen für Investitionen in Klimaneutralität, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit bieten soll. Insbesondere soll die energetische Gebäudemodernisierung, denn oft können ältere oder ärmere Hausbesitzer*innen die notwendigen Investitionen nicht leisten, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir schützen das Klima vor Ort

Wir wollen die rheinland-pfälzische Erfolgsgeschichte des Kommunalen Klimpakts (KKP) sowie des Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI) fortschreiben und ein dauerhaftes Klimaschutzbudget für alle Kommunen (KIPKI 2.0) einführen, mit dem Kommunen unbürokratisch Maßnahmen vor Ort umsetzen können. Die Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz stärken wir dabei weiter als zentrale Partnerin für die Kommunen in der Beratung.

Erneuerbare Energie, von der alle profitieren

Wir GRÜNE werden in den ersten 100 Tagen einer neuen Regierung ein Bürgerenergiegesetzauf den Weg bringen. Bürger:innen und Standortgemeinden sollen an den Erträgen von Wind- und Solarprojekten direkt beteiligt werden, um die regionale Wertschöpfung zu steigern und kommunale Haushalte zu stärken. Mit dem Ausbau von Energieregionen stärken wir die lokale Produktion und Nutzung von Strom und Wärme,um so die Strom- und Wärmekosten in der Region zu senken. Kommunen und Bürgerenergieprojekte stärken wir durch Beratung. Die Sozialwirtschaft werden wir verstärkt bei ihren Klimaschutzbestrebungen beraten und unterstützen.

Die Energiewende braucht einen kostengünstigen und beschleunigten Netzausbau. Hierfür geben wir einer neuen Vernetzungsstelle für Netz- und Speicherausbau beim Land eine koordinierende Rolle. Damit der Strom genutzt werden kann, wenn er gebraucht wird und damit die Stromnetze nicht überlastet werden,entwickeln wir ein Konzept für netzdienliche Speicher in Rheinland-Pfalz und setzen auf die Sektorenkopplung. Beschränkungen bei der Einspeisung erneuerbarer Energien ins Netz wollen wir überwinden.

Rückenwind für die Windkraft – Hand in Hand mit dem Naturschutz

Beim notwendigen weiteren Ausbau der Windkraft setzen wir auf verbindliche Flächenziele und eine umfangreiche Flächenkulisse, weniger Bürokratie und mehr Personal. Mit dem Fachbeitrag Windenergie und Naturschutz konnte unter Federführung des Umweltministeriums RLP zusammen mit den naturschutzverbänden und der Windbranche eine Karte für geeignete und konfliktarme Flächen in Rheinland-Pfalz erarbeitet werden, So können Genehmigungen und Prüfungen noch weiter beschleunigt und Konflikte möglichst vermieden oder reduziert werden, Für uns GRÜNE gehören Klimaschutz und die Erhaltung der Biodiversität zusammen. Wir werden den kooperativen Ansatz zwischen Naturschutz und anderen Akteuren beim Ausbau der Windkraft fortsetzen.

Sonnenkraft für das Land – vor allem auf versiegelten Flächen

Wir werden mit dem Solargesetz die Photovoltaik auf Gebäuden und versiegelten Flächen noch stärker ausbauen und dies durch ein niederschwelliges Beratungsangebot unterstützen. Beim Ausbau der PV achten wir auf eine innovative, effiziente und ausgewogene Nutzung von Flächen: , Agri-Photovoltaik, Flachdächer, solarüberdachte Parkplätze, Balkonkraftwerke und PV entlang von Straßen und Schienen.

Wärmewende voranbringen

Die Energie- und Klimaschutzagentur Rheinland-Pfalz wird die Kommunen bei Neuanlage und Ausbau von Wärmenetzen beraten. Diese nutzen idealerweise Abwärme oder Flusswärme beraten. Wir stärken die wichtige Beratungsleistung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, um Bürgerinnen und Bürger bei der Wärmewende zu unterstützen. Mit einer Transparenzplattform für Fernwärmepreise schaffen Fernwärmepreise und Preise für andere Nahwärmeformen schaffen wir Klarheit für Verbraucher:innen. Wir beraten Energiegenossenschaften aktiv dabei, Nahwärmenetze in Bürgerhand zu gründen. Durch klare Genehmigungsverfahren, zügige Standorterkundungen und starke Umweltstandards unterstützen wir die Energiegewinnung aus Tiefengeothermie.

Um Biogasanlagen als Energie- und Wärmequelle zu erhalten, setzen wir auf eine Landesstrategie für Biogas. Wir unterstützen den Einsatz neuer, biodiversitätsfreundlicher Substrate wie Hanf oder Silphie und die gezielte Nutzung von Abwärme.

Energetische Nutzung von Biomasse
Um Biogas als Quelle für systemdienliche Regelenergie zu erhalten, setzen wir auf eine Landesstrategie für Biogas, die den bereits begonnenen Umbau der Biogasnutzung, also größere Speicher und Generatoren statt kontinuierlicher Einspeisung, voranbringt. Dabei setzen wir vorrangig auf die Nutzung von Reststoffen (z.B. Bioabfall, Gülle, Klärschlamm).

Grüner Wasserstoff – regional erzeugt, klug verteilt

Wir GRÜNE setzen die Wasserstoff Strategie des Landes um und unterstützen den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft für Wirtschaft und Industrie in Rheinland-Pfalz. Wir wollen ein Landeskompetenzzentrum Wasserstoff gründen, das alle Akteure beim Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur vernetzt und begleitet und so die wirtschaftliche Nutzung von Elektrolyseuren unterstützt. Energieintensive Industrien brauchen grünen Wasserstoff als Grundstoff für klimaneutrale Produktion – wir unterstützen dabei, dass diese Infrastruktur rechtzeitig steht.

Klimacheck Mittelstand: Klimaschutz trifft Wirtschaftskraft

Um die Wirtschaft bei ihrem Weg zur Klimaneutralität zu beraten, bauen wir den bestehenden *„EffCheck“* zum „Klimacheck Mittelstand und Handwerk“ aus. Unternehmen erhalten passgenaue und konkrete Vorschläge zu Energieeffizienz, zur Umstellung auf Erneuerbare Energien und Klimaneutralität. Transformationsprojekte in der Industrie unterstützen wir weiterhin gezielt. Wärmepumpen, Photovoltaik und Speichertechnik müssen künftig zur Grundausbildung im Handwerk gehören. Auch Schornsteinfeger:innen und Energieberater:innen sollen regelmäßig weitergebildet werden.

Atomkraft? nein danke

Wir GRÜNE in Rheinland-Pfalz lehnen Laufzeitverlängerungen, neue AKWs europaweit ab, denn sie bringen nicht eingrenzbare Risiken im Normalbetrieb, wie im Katastrophen- und Kriegsfall mit sich und machen uns abhängig von Uranimporten. **Wir befürworten weiterhin eine Stilllegung der Atomkraftwerke in unserer Nachbarschaft in Cattenom, Tihange und Doel.** Atomkraft ist kein Klimaschutz, sondern eine teure Hochrisikotechnologie – Klimaschutz gelingt nur mit Erneuerbaren.

Für eine soziale Energiewende: Verantwortung auf Bundesebene

Der Bund darf sich nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen aus der Klimaverantwortung entziehen. Um Klimaschutz fair zu gestalten, braucht es eine wirksame CO2-Bepreisung und einen sozialen Ausgleich (Klimageld). Wir setzen uns außerdem für eine Entlastung durch die Senkung von Abgaben und Umlagen auf Strom ein.

Natur- und Umweltschutz

Lebensräume schützen – Artenvielfalt sichern: Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen: Biologische Vielfalt erhalten - Lebensräume und Arten bewahren

Wir schützen Leitarten wie Wildkatze, Igel, Fledermäuse, Wildbienen, Feldhamster oder den Kiebitz mit unseren Programmen der Aktion Grün. Davon profitiert unsere gesamte Tier- und Pflanzenwelt.Herzstück des Naturschutzes sind unsere Schutzgebiete. Die Pläne für Natura-2000-Gebiete setzen wir konsequent um und schreiben unsere Biodiversitätsstrategie fort. Einen besonderen Wert sehen wir im Schutz und der Förderung von Arten, für die Rheinland-Pfalz aufgrund ihres Vorkommens und ihrer Gefährdung eine besondere Verantwortung trägt.

Die Ziele des EU-Renaturierungsgesetzes sind unsere Richtschnur, wir wollen von Feuchtgebieten über Grünland, Ackerland, Wald und urbanen Ökosystemen überall Verbesserungen erreichen. Für uns zentral bei der Umsetzung sind die Stärkung des Biotopverbundes, die Förderung von Vielfalt in der Agrarlandschaft, der Umbau von Forst-Monokulturen und die Fortführung des Moorschutzprogramms. Dort, wo Arten besonders gefährdet sind, schaffen wir für sie neue Lebensräume. Wir wollen unsere Biotope durch naturfreundlichere Bewirtschaftung, Wildbrücken und -tunnelsowie regional angepasste Schutzkonzepte und Artenhilfsprogramme miteinander verbinden, um große, störungsarme Lebensräume zu entwickeln. Bestehende Landwirtschaftliche Nutzungen in Naturschutzgebieten wollen wir auf ökologische Bewirtschaftung umstellen. Bestehende Schutzgebiete werten wir durch ökologische Bewirtschaftung auf und schaffen dort neue, wo wertvolle Ökosysteme und Arten besonders gefährdet sind.

Wir unterstützen einen starken Schulterschluss zwischen Landwirtschaft und Naturschutz mit gemeinsam vereinbarten Maßnahmen und Projekten. Gute Vorbilder wie die Partnerbetriebe Naturschutz wollen wir bekannt machen und in die Fläche bringen. Den Vertragsnaturschutz entwickeln wir praxisnah weiter. Ökologische Beweidung, z. B. in unseren Naturschutzgroßprojekten, unterstützen wir.

Schutz braucht Struktur

Mit der flächendeckenden Einführung von Naturschutzstationen unterstützen wir den Arten- und Naturschutz vor Ort und in Kooperation mit Kommunen, Verbänden und Landwirt:innen. Das Koordinationszentrum Luchs und Wolf (KLUWO) entwickeln wir zu einem Kompetenzzentrum für alle Arten weiter, bei denen Konflikte mit Mensch und anderen Nutzungsarten zu erwarten sind.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Querschnittsthema

Von der frühkindlichen Bildung über Schulen bis hin zur Erwachsenenbildung: Wir wollen BNE und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) strukturell verankern. Für uns ist das ein zentrales Querschnittsthema. Engagierte BNE-Akteur:innen und ehrenamtliche Natur-, Umwelt- und Klimaschützer:innen unterstützen wir mit langfristiger Förderung, verlässlichen Strukturen und Vernetzung vor Ort. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung wollen wir weiterentwickeln und in ihrer Arbeit stärken, hin zu einer Vernetzungsstelle BNE für das gesamte Land.

Umwelt, Ressourcen- und Gesundheitsschutz

Wir setzen zum Schutz von Mensch, Natur und Umwelt auf das Vorsorge- und Verursacherprinzip. Deswegen wollen wir die Verbreitung

sogenannterEwigkeitschemikalien (PFAS), von Pestiziden, Antibiotika und anderen problematischen Chemikalien wirksam einschränken. Wo sichere Alternativen fehlen, soll die Forschung an Ersatzstoffen gefördert und so Innovationsvorreiter unterstützt werden. Parallel bauen wir Messprogramme aus, um Belastungen früh zu erkennen. Verursacher sollen die Kosten zur Beseitigung von Altlasten tragen.

Wir führen bestehende Kontrollprogramme konsequent fort – etwa zur Wasserqualität und der Nitratbelastung, bei der Lebensmittelkontrolle oder zum Fluglärm. Wir setzen auf transparente Daten, unabhängige Messstellen und moderne Technik.Gegenüber dem Bund drängen wir auf klare Regelungen für Kerosinablässe, ultrafeine Partikel und Fluglärm. Zur Kontrolle von Treibstoffschnellablässen setzen wir auf ein gut aufgestelltes Messstellennetz. zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen

Wir unterstützen Repair-Cafés und Foodsharing-Initiativen. Kommunen unterstützen wir bei der Einführung einer Verpackungssteuer und bei der Einführung von Mehrwegsystemen, um so der Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Littering vorzubeugen. Auch den Einsatz von Plastik in der Land- und Forstwirtschaft wollen wir reduzieren. Wir setzen uns für ein überarbeitetes,faires Vergaberecht ein, das ökologische und soziale Standards berücksichtigt. So schaffen wir verlässliche Märkte für nachhaltige Produkte und stärken Unternehmen, die Verantwortung übernehmen.

Unser Wald – wir schützen, was uns schützt

Wir wollen unsere Wälder und ihre Ökosystemleistungen auch in der Klimakrise erhalten. Deswegen setzen wir unter anderem mit der Klima-Wald-Offensive auf nachhaltig genutzte, naturnahe und klimastabile Mischwälder sowie auf die Stärkung des Wasserrückhalts im Wald.

Klimarelienz des Walds fördern

Klimaresilienz des Waldes fördern

Wir fördern den Umbau zu vielfältigen, klimaangepassten Wäldern mit heimischem Saatgut, Naturverjüngung und Beratung. Programme wie „Klimawald 2100“ oder „Klimaangepasstes Waldmanagement“ bauen wir mit Unterstützung des Bundes aus. Wir verbessern den Wasserrückhalt im Wald z.B. durch Rigolen oder Key-Line Technik, um die Folgen von Dürren und Starkregen zu mindern. Um die Datenerfassung zu verbessern, wollen wir ein standardisiertes Verfahren zum digitalen Waldmonitoring im Land einführen und dabei alle Indikatoren des EU-Renaturierungsgesetzes aufnehmen. Wir brauchen eine ökologisch nachhaltige Jagd, damit junge Bäume auch in der Klimakrise aufwachsen.

Mehr Natur, mehr Schutz

Wir schaffen Naturwaldreservate, um dort die ungestörte Entwicklung von Waldökosystemen zu fördern. Das Biotop- Altholz und Totholz-Konzept setzen wir gemeinsam mit den Kommunen um. Ökosystemleistungen des Waldes wollen wir zertifizieren.

Nationalpark stärken – mit Bildung, Forschung und im Verbund

Wir bauen die Nationalpark-Infrastruktur weiter aus, schaffen ein digitales Nationalpark-Tor, bilden mehr Nationalparkführer:innen aus und stärken die Umweltbildung genau wie die Forschung an der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft. Für den Nationalpark und die Kernzonen des Biosphärenreservats wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen und der Bevölkerung Arrondierungsflächen zur Stärkung des Biotopverbunds finden.

Landesforsten zukunftsfest machen

In unseren Forstbehörden sichern wir die Fachkräfte von morgen durch gute Ausbildung und attraktive Arbeitsbedingungen. Als waldreichstes Bundesland setzen wir uns für einen Studiengang im Bereich Forsten ein. Wir unterstützen FSC-Zertifizierungen und Dauerwaldkonzepte, bauen die Beratung für private und kommunale Waldbesitzer:innen aus und stärken die Gemeinschaftsforstämter. Wir arbeiten konsequent an der klimaneutralen Forstverwaltung, der Digitalisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz bei der Fernerkundung.

Hochwasserschutz

Wasser schützen – Hochwasser vorbeugen

Rheinland-Pfalz ist ein Land der Flüsse, Bäche und Quellen. Infolge der Erderhitzung nimmt die Häufigkeit und Heftigkeit von extremen Wetterphänomenen zu. Diese gehen oftmals mit zu viel oder zu wenig Wasser einher. Starkregen und Hochwasser treffen Kommunen, Höfe und Familien. Die Flutkatastrophe im Ahrtal ist das schrecklichste Beispiel für diese Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Wir unterstützen diese wunderschöne Region mit großem Engagement beim Wiederaufbau und prüfen die Umsetzung der Förderungen auf strukturelle Hemmnisse für die Betroffenen. Wir unterstützen die Kommunen bei Konzepten und Maßnahmen zum Schutz vor Starkregenereignissen und Hochwasser verbessern. Weitere Herausforderungen sind Dürre und Hitzephasen, die unsere Lebensmittelproduktion, unsere Ökosysteme und unser Leben in Städten und Dörfern belasten und denen wir mit angepassten Wasserwirtschaftskonzepten gegegnen werden.

Wir GRÜNE schützen, was wir brauchen und uns alle verbindet: unser Wasser

Die Grundwasserneubildung ist in den vergangenen Jahren teils drastisch zurückgegangen. Um unser Trinkwasser zu schützen, setzen wir gemeinsam mit den Beteiligten der Allianz für das Wasser den Zukunftsplan Wasser um. Wasser muss stärker in der Landschaft gehalten werden und an Ort und Stelle versickern können. Mit einem Klimaanpassungsgesetz wollen wir auf Landesebene notwendige Anpassungsmaßnahmen in den Kommunen sowie in der Landwirtschaft unterstützen und den Wassercent dahin weiterentwickeln.

Wir geben Flüssen und Bächen Raum

Durch Auenreaktivierung, Gewässerentwicklungskorridore, Deichrückverlegungen und natürliche Überflutungsflächen geben wir unseren Flüssen und Bächen mehr Raum. Mit der „Aktion Blau Plus“ renaturieren wir Gewässer und werden durch Flussentwicklungskorridore natürliche Auen und ihre Funktionen wiederherstellen.Die Aktion Blau Plus dient zusätzlich der Biodiversität und der Klimaanpassung

Hochwasservorsorge ist Hochwasserschutz ist Zusammenarbeit

Zwischen Ober- und Unterliegern, über Kreis- und Gemeindegrenzen hinweg, wollen wir Gewässerzweckverbände für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen vor Ort fördern. Wir wollen Wasser in der Fläche zurückhalten, sowohl im Wald als auch auf landwirtschaftlichen und Naturschutzflächen. Gewässerunterhaltung erfolgt maßvoll, naturgerecht und lokal angepasst. Von der Quelle bis zur Mündung braucht es überörtlichen, natürlichen und technischen Hochwasserschutz. Hochwasserschutz ermöglicht auch Artenschutz: Retentionsflächen Auen und extensive Beweidung schützen den Menschen und fördern zugleich Biodiversität. Beim Hochwasserschutz setzen wir auf die Ausweisung natürlicher Überflutungsräume, zum Beispiel durch Deichrückverlegungen, sowie naturverträgliche technische Lösungen. Auenwälder als natürliche Überschwemmungsgebiete wollen wir schützen und Auengebiete renaturieren. Wir nutzen potentielle natürliche Retentionsflächen in unbesiedelten Gebieten als Überflutungsflächen. Den geplanten Polder Waldsee/Altrip/Neuhofen wollen wir aufgrund der starken Eingriffe in schützenswerte Natur und des ungeklärten Katastropenschutzes für die Bevölkerung grundsätzlich überprüfen.
Wir wollen dabei künftig aus dem Wassercent auch gezielte Hochwasserschutzmaßnahmen finanzieren.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission “Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge” setzen wir um – zum Beispiel durch ihre Verankerung in der Landesbauordnung. Gleiches gilt für den 7-Punkte-Plan zur Hochwasservorsorge. In

besonders hochwassergefährdeten Gebieten wollen wir der Planung und Durchführung erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen besondere Priorität einräumen und die jeweiligen Verfahren beschleunigen.

Mit einem Hochwasser-Info-Bus werden wir die Menschen in den Städten und Dörfern über Hochwasser- und Starkregenrisiken sowie mögliche Vorsorgemaßnahmen informieren.

Wasserwirtschaft zukunftsfest machen

Mit modernen Kläranlagen, einer vierten Reinigungsstufe und mehr Energieeffizienz in der Wasserwirtschaft reduzieren wir Schadstoffe und den Energiebedarf. Dabei unterstützen wir gesetzliche Regelungen zur Kostenbeteiligung von Herstellern problematischer Stoffe. Die Trinkwasserversorgung machen wir robuster – durch gezielte Förderung der kommunalen Versorgungsinfrastruktur. Auch digitale Wasserzähler und smarte Lösungen in der Beregnung treiben wir im Sinne der Klimaanpassung und Vorbereitung auf die Veränderungen im Klimawandel voran.

Tierschutz

Tierheime stärken – Kommunen unterstützen

Wir haben deutlich mehr Geld für Tierheime bereitgestellt und über das regionale Zukunftsprogramm neue Fördermöglichkeiten geschaffen. Wir wollen diese Förderung auch auf Wildtierzentren ausweiten und Tierschutzorganisationen unterstützen.

Tierheime haben nur eine begrenzte Kapazität die oft den Bedarf nicht abdecken kann. Um Tierheime zu entlasten wollen wir Menschen unterstützen der bereit ist Tieren eine neue Heimat zu bieten.

Wir reduzieren das Tierleid vor Ort und wollen eine landesweite Katzenschutzverordnung rechtlich prüfen.
Wir fordern ausreichend und gut ausgebildetes Personal in den Verinärämtern, um artgerechte Tierhaltungen überprüfen zu können.

Tiere sind fühlende Wesen, keine Mittel zur Unterhaltung. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Zirkusse deutlich höhere Standards bei der Tierhaltung erfüllen müssen.**Wir sprechen uns gegen Wildtiere im Zirkus aus.** In den Kommunen setzen wir uns für konsequente Kontrollen ein.

Der Tierschutzbeirat, der Tierschutzbericht und der Tierschutzpreis bleiben wichtige Pfeiler unserer Arbeit. Wildtierstationen, Tierparks und ehrenamtlich

Engagierte im Tierschutz sind wichtige Akteur:innen, die wir unterstützen.

Klare Regeln für Tierhaltung

Wir führen eine Unterscheidung von Listenhunden mit und ohne bestandenem Wesenstest ein, die von den Kommunen bei der Hundesteuer berücksichtigt werden kann. Im Haustierbereich unterstützen wir die vom EU-Parlament vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen auf EU-Ebene – das hilft bei entlaufenen Tieren und entlastet Tierheime. Wir prüfen rechtlich die Einführung einer landesweiten Katzenschutzverordnung. Auch wer einen Hund hält, muss seine Verantwortung kennen: Wir setzen uns für einen Sachkundenachweis für Erst-Hundehalter:innen und Haftpflichtversicherungen bei der Anschaffung eines neuen Hundes für alle Hundehalter:innen ein. Zur Gefahrenabwehr setzen wir uns für ein allgemeines Verbot der privaten Haltung von gefährlichen Exoten wie Pfeilgiftfröschen, Giftschlangen, Skorpionen und ähnlichen ein.

Respekt und Rücksicht auf Tiere

Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der Aussprache von feuerwerksfreien Zonen. Grundsätzlich halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein.

Wir fördern Forschung, die Alternativen zu Tierversuchen entwickelt, mit einem innovativen Forschungspreis, mit mehr Vernetzung und Sichtbarkeit sowie der Vision einer Zukunft ohne Tierversuche.

Wir unterstützen unsere Veterinärämter mit dem Ziel, dass Tierschutzkontrollen überall verlässlich und wirksam stattfinden. WIr setzen uns für bessere Standards bei Tiertransporten ein. Um unnötigen Stress durch Transporte zu vermeiden, unterstützen wir die hofnahe Schlachtung sowie den Weideschuss.Wir schaffen das Amt eines/einer Lendestierschutzbeauftragten.

Landesplanung

Flächenverbrauch reduzieren und grüne Infrastruktur stärken

Unser Ziel, das wir mit einer aktiven Flächenpolitik erreichen wollen: Der

Flächenverbrauch soll schrittweise auf Netto-Null sinken und bis 2030 unter einem Hektar liegen. Durch die aktive Bevorratung von Ausgleichsflächen beseitigen wir das aktuelle wesentliche Planungshindernis und schaffen echte Planungsbeschleunigung. Der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ bleibt für uns verbindlich. Die Kernareale von Städten wie auch die Zentren kleinerer Orte werden durch eine erleichterte und intensivierte Wohnnutzung auch für Ladengewerbe wieder attraktiver. Entsiegelungsmaßnahmen unterstützen wir. Die Entwicklung bestehender Flächen soll Vorrang haben– vor allem dort, wo Gebäude leer stehen oder Industrie- und Gewerbeflächen unter Wert genutzt werden. Diese Flächen bieten große Chancen für neuen Wohnraum, Arbeitsplätze und Natur. Für Gewerbe- und Industrie führen wir analog zur Siedlungsentwicklung einen Schwellenwert ein und erhöhen die Dichtewerte bei Wohngebieten.

Biotope, Schutzgebiete und Lebensräume wollen wir besser vernetzen. Im Landesentwicklungsprogramm 5 (LEP 5) sollen dafür Vorrangflächen ausgewiesen werden. Besonders im Fokus stehen die Auenlandschaften, der Westwall und das Umfeld des Nationalparks Hunsrück-Hochwald. Die Umsetzung des europäischen Nature Restoration Law ist dabei für uns verbindlich und soll finanziell und personell entsprechend ausgestattet werden. Mit der Wald-Klimaschutz-Offensive wollen wir Waldgebiete vernetzen, um den genetischen Austausch zwischen Wildpopulationen zu verbessern. Wir GRÜNE wollen eine Flächenagentur gründen: Sie berät Kommunen, vermittelt Ausgleichs- und Konversionsflächen und entwickelt gezielt Flächen für Natur-, Klima- und Gewässerschutz.

Biodiversitätsschutz in Kommunen

Im Bestand starten wir eine Entsiegelungsoffensive, auch für Schottergärten, und unterstützen Stadt- und Dorfgrün sowie die naturnahe Anlage von Grünflächen und Gärten. Auch den Ausbau der blauen Infrastruktur in unseren Gemeinden unterstützen wir aktiv. So schaffen wir auch in besiedelten Gebieten wieder Platz für Wildbienen oder Gartenschläfer. Für das Aktionsprogramm "Natürlicher Klimaschutz" fordern wir eine auskömmliche Finanzierung auf Bundesebene. In Rheinland-Pfalz wollen wir ergänzende Angebote stärken, ausbauen und ergänzende Programme schaffen, um insbesondere Maßnahmen und Projekte für den Artenschutz in den Kommunen zu ermöglichen.

Bauen

Umbauwende für günstiges und klimaverträgliches Bauen und Sanieren

Wir wollen vorhandene Gebäude umbauen und aufstocken, Leerstände bekämpfen, Dächer ausbauen und Baulücken schließen, um dem Mangel an Wohnraum zu begegnen. Damit reduzieren wir den Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie

Treibhausgasemissionen. Wer Wohnraum im Bestand schaffen möchte, muss das auch dürfen. Wir schaffen deshalb die Voraussetzungen, dass die Menschen einfacher umbauen, aufstocken, sanieren und umnutzen können. Energetische Modernisieren und Sanierung gestalten wir sozial gerecht. Bauen mit Holz und anderen Naturmaterialien wollen wir zum Standard machen und Kommunen dabei unterstützen.

Standards überprüfen, Baukosten senken

Bauen muss wieder günstiger werden, ohne dass wir auf Klima- und Umweltschutz verzichten. Mit diesem Ziel wollen wir die Landesbauordnung grundlegend überarbeiten und Vorgaben für PKW-Stellplatznachweise vereinfachen. Serielle Lösungen für Bau und Sanierung wollen wir stärker nutzen. Bauvorgaben dazu sollen vereinfacht werden. Wir unterstützen Modellprojekte des Gebäudetyps E sowie innovativen Holzbau.

Den digitalen Bauantrag werden wir flächendeckend ausrollen. Bei Bauvorhaben des Landes wollen wir die Nutzung von digitalen Planungsmethoden weiter ausbauen.

Unsere Häuser als Klimaschützer

Solar muss bei Neubauten und umfassenden Dachsanierungen Pflicht sein. Die Vorschriften zur Errichtung von Solaranlagen müssen weiter vereinfacht werden. Neue Gebäude sollen grüne Dächer und Fassaden bekommen, Regenwasser sammeln und nutzen. Im Bestand starten wir eine Entsiegelungsoffensive und unterstützen Stadt- und Dorfgrün. Holzbau und den Einsatz von natürlichen Bau- und Dämmstoffen wollen wir weiter erleichtern. Dabei wollen wir einen besonderen Focus auf recycelte Bauelemente genauso wie den Anteil recycelter Baustoffe legen. Um die Forschung für klimagerechtes und ressourcenschonendes Bauen zu stärken, setzen wir uns für ein Bundesbauforschungszentrum in Rheinland-Pfalz ein.

Gute Konzepte statt Gewinnmaximierung

Das Land soll eine aktive Rolle in einer vorausschauenden Bodenpolitik einnehmen. Mit einer Landesentwicklungsgesellschaft wollen wir Grundstücke für die öffentliche Hand sichern oder durch Erbpachtverträge zur Verfügung stellen. Freiwerdende Landesliegenschaften und brachliegende landeseigene Flächen wollen wir für die Schaffung von günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Mit der Grundsteuer C haben wir Kommunen bereits ermöglicht, Bodenspekulationen einen Riegel vorzuschieben. Die Beratungsstelle “Neues Wohnen” werden wir um Leerstandsmanagement erweitern. Leerstand in Dorfkernen soll damit wirksam bekämpft werden.

Flächen sollen nach dem besten Konzept vergeben werden, nicht nach dem höchsten Preis - so können Kommunen die Stadt- und Dorfentwicklung anhand sozialer und ökologischer Kriterien steuern.

Landesliegenschaften

Rheinland-Pfalz soll klimaneutral werden. Dafür wollen wir als Land als Vorbild vorangehen und machen unsere Landesliegenschaften klimaneutral: Hochschulen, Polizei oder Justiz werden mit Erneuerbaren Energien versorgt, die Wärmeversorgung dekarbonisiert, E-Mobilität ausgebaut, Gebäude saniert und die Flächennutzung suffizient ausgestaltet.

Landwirtschaft

Mehr Bio aus der Region auf Feldern und Tellern

Wir GRÜNE stärken den ökologischen Landbau in der landwirtschaftlichen Förderung. Unser Ziel ist, den Ökolandbau-Anteil deutlich auszuweiten. Dafür schreiben wir den Ökoaktionsplan fort und weiten ihn zu einer Landesernährungs- unbd -lebensmittelstragie aus, erhöhen den Bio-Anteil in der Außer-Haus-Verpflegung und setzen uns für die Förderung von Öko-Modellregionen ein.Darüberhinaus machen wir uns stark für umweltfreundliche und ökonomische Innovationen in der Landwirtschaft wie Agroforstwirtschaft, regenerative und Solidarische Landwirtschaft - sowie für eine bessere Regulierung des Bodenmarkts, um spekulative Anteilkäufe (Share Deals) zu verhindern.

Gemeinsam unsere Natur schützen

Mit weiteren Naturschutzstationen werden wir regionale Landwirtschaft-Naturschutz-Kooperationen in Rheinland-Pfalz aufbauen. Den Vertragsnaturschutz werden wir gemeinsam mit Landwirt:innen und Naturschutzverbänden ausweiten. Etablierte Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Verwaltung und Naturschutzverbänden, wie den „Schulterschluss Artenvielfalt“, setzen wir fort.

Weniger Pestizide, mehr Bodenschutz

Mit vielfältigen Fruchtfolgen, robusten Sorten und nachhaltigen Anbauformen unterstützen wir GRÜNE unsere Landwirt*innen dabei, den Pestizideinsatz deutlich zu reduzieren. Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Instrumente zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ein, wie die Prüfung einer Pestizidabgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die unkomplizierte Verwendung von Backpulver zum Pflanzenschutz wieder möglich wird. Wir wollen den nachhaltigen Humusaufbau und Dauergrünland zur Speicherung von CO2 fördern und eine

Leguminosenstrategie umsetzen.

Mehr Klimaschutz in und für die Landwirtschaft

Mit klimaangepassten Sorten, ressourcenschonenden Anbau- und Bewässerungsmethoden sowie dem Einsatz digitaler Technologien wollen wir der Klimakrise in Rheinland-Pfalz nachhaltig begegnen und Landwirt:innen dabei unterstützen, sich an die Folgen der Erderhitzung anzupassen.

Gute Bedingungen für die Landwirtschaft

Wir setzen uns dafür ein, dass eine vollumfängliche landwirtschaftliche Ausbildung und Beratung in Rheinland-Pfalz erhalten bleibt. Wir unterstützen Landwirt:innen bei Hofübergabe- und -übernahme, fördern Direktvermarktung und Wertschöpfung vor Ort. Bürokratie wollen wir reduzieren ohne Abbau von Sozial- und Umweltstandards und Prozesse möglichst digitalisieren.Wir setzen uns auf Bundesebene für eine gemeinwohlorientierte Ausgestaltung der Förderpolizik im Rahmen der Gemeinsamn Agrarpolitik GAP ab 2026 ein.

Landwirtschaftliche Tierhaltung

Wir treten für eine Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft ein. Unser Ziel ist die Abschaffung der industrialisierten Massentierhaltung.
Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung mit Freilauf und Weidehaltung ein. Wir fördern den Erhalt des Dauerbgrünlands auch als Hotspot der Artenvielfalt. Wir setzen uns auf Bundeseben für die Förderung der artgerechten Tierhaltung und den tierschutzgerechten und brandsicheren Umbau der Ställe ein. Wir stärken flächengebundene Tierhaltung, erhöhen die Kontrollen in tierhaltenden Betrieben und wollen strengere Regeln für Tiertransporte.

Weinbau

Nachhaltiger Weinbau

Wir GRÜNE unterstützen den Trend zu Bio und wollen den Öko-Weinbau deutlich ausweiten. Bio-Weine sind in der Regel Qualitätsweinen mit geschützter Herkunftskennzeichnung (g.U.), die einen verlässlichen Absatz zu einem guten Preis ermöglichen. Die Klimakrise und zunehmende Trockenheit stellen den Weinbau vor große Herausforderungen – wir bringen Maßnahmen auf den Weg, die seine Anpassung sichern. Mit der Förderung von nachhaltigen Pflanzenschutzverfahren und der Umstellung auf pilzwiderstandsfähige Sorten, (PIWIs), wollen wir den Einsatz von Pestiziden reduzieren. Wir setzen uns auf EU-Ebene weiterhin für die Wiederzulassung von Kaliumphosphonat im Öko-Weinbau ein. Ebenso wollen wir

VitiForst Initiativen in Forschung und Praxis fördern.

Unsere prägenden Steillagen sichern

Kulturell und ökologisch wertvolle Steillagen wollen wir erhalten und weiter fördern. Wir unterstützen unsere Winzer:innen mit modernen Methoden, zum Beispiel beim Drohneneinsatz, der eine präzise Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln ermöglicht. Programme wie beispielsweise “Lebendige Moselweinberge” zur Förderung der Artenvielfalt wollen wir ausbauen.

Neue Ideen, neue Märkte

Den Pioniergeist bei innovativen Verfahren und kreativen Ideen wollen wir GRÜNE fördern und die Entwicklung von Alternativen, wie alkoholfreien Weinen, PIWIs oder Mehrwegflaschen, aktiv begleiten. Wir stärken die Direktvermarktung und Absatzförderung im In- und Ausland, um neue Märkte und Zielgruppen zu erschließen. Traditionen wie Straußwirtschaften und Weinfeste wollen wir bewahren und den Weinbau zukunftsfest machen.

Ernährung

Gutes Essen für alle

In Rheinland-Pfalz soll jeder Mensch gesund essen können – egal ob in der Kita, der Schule, am Arbeitsplatz, im Krankenhaus oder im Pflegeheim. Deshalb sorgen wir für mehr Bio, mehr Regionales, Saisonales Regionales, mehr Saisonales, eine vollwertige vegane Wahlmöglichkeit pro Tagund und mehr gesunde Ernährung in unseren Kantinen. Das beinhaltet auch eine vollwertige vegane Wahlmöglichkeit pro Tag.Wo das Land Verantwortung für Kantinen trägt, machen wir es vor. Dabei setzen wir auch auf die erprobten Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) und die Empfehlungen der "Planetary Health Diet". So stärken wir Gesundheit, Klimaschutz, unsere Umweltund reduzieren die benötigte Fläche für den Futtermittelanbau. Damit nehmen wir Druck von Ökosystemen weltweit.

Essen verbindet

Das Fachzentrum Ernährung hilft Kitas, Schulen und Einrichtungen dabei, ihre Essensangebote zu verbessern. Die Zertifizierung von Schulen und Kitas bauen wir aus. Wir wollen Beratung von Anfang an: für Schwangere, Kinder und Ältere. Das erfolgreiche Programm *„Rheinland-Pfalz isst besser“* sowie den Kochbus führen wir weiter und machen diese Angebote noch sichtbarer. Wir wollen Ernährungsbildung an allen Schulformen etablieren, bestehende Angebote entsprechend ausbauen und ergänzende Angebote schaffen. Und wir modernisieren die Kochausbildung – mit

mehr Wissen über Klima- und Tierschutz, Gesundheit und weniger Verpackungsmüll.

Regionale Kreisläufe machen uns unabhängig

Wir unterstützen den direkten Hof-Verkauf vor Ort sowie die Gründung von „Ernährungsräten“ in den Kommunen und helfen bei der Entwicklung regionaler Marken. Das Schulobstprogramm gestalten wir um – mit mehr Bio und mehr saisonalen Produkten aus der Region.

Wir setzen auf die Ernährung der Zukunft zum fairen Preis

Moderne Verfahren wie Fermentation und Zellkultivierung sollen in Rheinland-Pfalz entwickelt und eingesetzt werden. Das sorgt für mehr Vielfalt auf dem Teller bei weniger Umweltbelastung. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für eine faire Besteuerung von pflanzlichen und biologisch erzeugten Produkten ein, auf europäischer Ebene für eine rechtsverbindliche Definition der Begriffe "vegan" und "vegetarisch". Bezeichnungsverbote für pflanzliche Fleischalternativen lehnen wir entschieden ab.

Mit gutem Essen gestalten wir die Zukunft

Wir unterstützen erlebbare Projekte wie die „Essbare Stadt“, stärken die Idee des gemeinschaftlichen Kochens und Essens und machen mit einem freiwilligen Bio-Logo (Bronze, Silber, Gold) sichtbar, wie nachhaltig die Verpflegung ist.